Sonderausgabe Regionalforum

Regionalforum am 12. September 2018
Stadthalle Bad Godesberg





November 2018

Otto Benecke Stiftung e.V. Kennedyallee 105-107 53175 Bonn

Geschäftsführender Vorsitzender: Dr. Lothar Theodor Lemper 0228 8163-301 Lothar.Lemper@obs-ev.de

Vorsitzender des Kuratoriums: Eberhard Diepgen, Regierender Bürgermeister von Berlin a.D.

Redaktion:
Anne Bergsdorf
0228 8163-147
Anne.Bergsdorf@obs-ev.de

Dörte Griesse 0228 8163-218 Doerte.Griesse@obs-ev.de

Leonie Elbers Leonie.Elbers@obs-ev.de

"Seit über 50 Jahren arbeiten wir im Bereich Integration von Zuwanderern: Wir entwickeln Integrationsprogramme und Qualifizierungsangebote, insbesondere in den Bereichen Jugend- und Elternarbeit, Ausbildungs- und Arbeitsmarkt – in enger Kooperation mit Migrantenorganisationen."

Otto Benecke Stiftung e.V.



Inhaltsverzeichnis

| Programm des Regionalforums | 3 |
|---|----|
| Resümee des Regionalforums | 6 |
| Begrüßungsworte von Dr. Lothar Theodor Lemper (Geschäftsführender Vorsitzender de Otto Benecke Stiftung e.V.) | |
| Grußwort von Carolin Krause (Sozialdezernentin der Stadt Bonn) | 12 |
| Ergebnisprotokolle der Workshops | 15 |
| Protokoll Workshop 1: Das Modellprojekt "MITWIRKEN – Mitbestimmung und Eigenverantwortung der Geflüchteten | 15 |
| Protokoll Workshop 2: Gesellschaftliche Annäherung durch politische Bildung – Mode und Ansatzpunkte | |
| Protokoll Workshop 3: Partizipation aus Sicht von Menschen mit eigener Flucht- oder Migrationserfahrung | |
| Protokoll Workshop 4: "Selbstregulation als neue Chance der Integration – Das Ehrenamt im Wandel | 22 |
| Schlussworte | 25 |

Konzeption: Bernd Loschnig, Benjamin Kowitzke (Otto Benecke Stiftung

e.V.) sowie die Steuerungsgruppe des Projekts MITWIRKEN –

Mitbestimmung und Eigenverantwortung der Geflüchteten

Organisation und Tagungsleitung: Salim Bölükbasi (Otto Benecke Stiftung e.V.)

Fotos: Hans-Theo Gerhards, Dörte Griesse

Dieses Regionalforum wurde gefördert vom:

Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen





Zukunft Migration



Programm des Regionalforums

9:30 Uhr Anmeldung zu den Workshops

10:30 Uhr Eröffnung

Dr. Lothar Theodor Lemper – Geschäftsführender Vorsitzender der Otto Benecke Stiftung e.V. (OBS)

10:35 Uhr Impulsreferate

Serap Güler – Staatssekretärin für Integration im Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen

Carolin Krause – Beigeordnete für Soziales, Bildung und Gesundheit der Bundesstadt Bonn

Thomas Heppener – Referatsleiter Demokratieförderung im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

11:00 Uhr Partizipation im Integrationsprozess

Prof. em. Dr. Dietrich Thränhardt – Professor für Vergleichende Politikwissenschaft und Migrationsforschung, Universität Münster

11:45 Uhr Workshops – 1. Durchgang

Workshop 1: Das Modellprojekt "MITWIRKEN – Mitbestimmung und Eigenverantwortung der Geflüchteten" (Bernd Loschnig / Benjamin Kowitzke - OBS)

Workshop 2: Gesellschaftliche Annäherung durch politische Bildung – Modelle und Ansatzpunkte (Teresa De Bellis-Olinger – Projekt "Migrantinnen in die Kommunalpolitik", OBS)

Workshop 3: Partizipation aus Sicht von Menschen mit eigener Flucht- oder Migrationserfahrung (Lejla Bradaric, OBS)

Workshop 4: Selbstregulation als neue Chance der Integration – Das Ehrenamt im Wandel (Bastian Zillig – Ehrenamtszentrum AsA e.V.)

13:00 Uhr Mittagspause

Zukunft Migration



14:00 Uhr Workshops – 2. Durchgang

(alle Workshops werden mit anderen Teilnehmenden wiederholt)

15:15 Ergebnispräsentation aus den Workshops

15:45 Uhr Schlussworte

Dr. Wolfgang Picken (leitender Pfarrer im Seelsorgebereich Bad Godesberg und Mitglied im Fachbeirat der Otto Benecke Stiftung e.V.)

Dr. Lothar Theodor Lemper (Geschäftsführender Vorsitzender der OBS)



Migration aktuell



Regionalforum Partizipation Geflüchteter

am Mittwoch, 12. September 2018

Für eine nachhaltige Integration geflüchteter Menschen in unser Gemeinwesen ist es notwendig, diese darin zu unterstützen, ihre demokratischen Rechte kennenzulernen, sie zu nutzen, sich in die Gesellschaft einzubringen und sie mitzugestalten.

Die Otto Benecke Stiftung e.V. hat damit begonnen, Partizipationsmöglichkeiten dort zu schaffen, wo immer noch viele Geflüchtete leben: in den kommunalen Sammelunterkünften. In Bonn läuft seit Anfang 2018 ein Projekt – gefördert im Rahmen des Programms *Demokratie leben!* des Bundesfamilienministeriums, unterstützt auch vom Integrationsministerium NRW und der Stadt Bonn –, das genau dies zum Ziel hat: Durch regelmäßige Sitzungen der Bewohnerinnen und Bewohner größerer Sammelunterkünfte wird auf die Schaffung von Hausbeiräten hingewirkt. Die Vertreterinnen und Vertreter in den Unterkünften werden so zu autorisierten Ansprechpartnern für Behörden und externe Akteure der Flüchtlingshilfe. In Folge vertreten sie die Interessen der Geflüchteten – so wird der Dialog erleichtert und demokratische Teilhabe praktisch gelebt.

Das Regionalforum dient dazu, eine erste Zwischenbilanz zu ziehen und unterschiedliche Facetten der Arbeit mit Geflüchteten in Deutschland, auch unter dem Aspekt der überregionalen Übertragbarkeit, zu beleuchten. In den Workshops des Regionalforums werden Akteurinnen und Akteure aus Ehrenamt, Migrantenselbstorganisationen und verschiedenen Projekten zur Förderung politischer Partizipation zu Wort kommen.

Die Veranstaltung findet am Mittwoch, 12.09.2018 von 10:30 Uhr bis ca. 16:00 Uhr in der Stadthalle Bad Godesberg, Koblenzer Str. 80, 53177 Bonn, statt. Bitte melden Sie sich an unter https://www.obs-ev.de/termine/anmeldung-regionalforum-120918/

Wir möchten darauf hinweisen, dass bei dieser Veranstaltung erstellte Fotos für die Öffentlichkeitsarbeit der Otto Benecke Stiftung e.V. verwendet werden.



Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Gefördert vom

im Rahmen des Bundesprogramms







Resümee des Regionalforums

Gelingende Integration braucht gesellschaftliche Teilhabe

Die "Partizipation Geflüchteter" war Thema des ganztägigen Regionalforums der Otto Benecke Stiftung e.V. (OBS) am 12. September 2018 in der Bad Godesberger Stadthalle. Es ging um eine erste Zwischenbilanz des Projektes "MITWIRKEN – Mitbestimmung und Eigenverantwortung der Geflüchteten", das die OBS in Bonner Sammelunterkünften durchführt, um die Mitwirkungsmöglichkeiten Geflüchteter zu initiieren. Das Projekt wird im Rahmen des Bundesprogramms *Demokratie leben!* vom Bundesfamilienministerium, dem Integrationsministerium NRW, das auch die Konferenz finanziert hat, und der Stadt Bonn gefördert.

Der Geschäftsführende Vorsitzende der OBS, Dr. Lothar Theodor Lemper, begrüßte die über 300 Akteure aus Politik, Ehrenamt, Wissenschaft und Praxis, die mehr über das Bonner Projekt erfahren wollten, und stellte fest: "Unser Projekt 'MITWIRKEN' beruht auf der Erkenntnis der Beziehung von Demokratie – Freiheit – Verantwortung und unterstreicht das Unverzichtbare der Eigenverantwortung als Teilaspekt der Subsidiarität."

NRW-Staatssekretärin für Integration Serap Güler skizzierte in ihrer Begrüßungsrede die Bedeutung von gesellschaftlicher Teilhabe: "Die gesellschaftliche Integration von Flüchtlingen ist deshalb so wichtig, weil Mitwirkungsmöglichkeiten in ihrem direkten Lebensumfeld ihnen dabei helfen, Demokratie im Alltag zu erfahren und ihr Bekenntnis zur Demokratie zu fördern. Dieses Bekenntnis ist gleichzeitig ein Bekenntnis zur Werteordnung des Grundgesetzes, das wiederum über gesellschaftliche Zugehörigkeit entscheidet."

Thomas Heppener, der Leiter des Bundesprogramms *Demokratie leben!* im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, betonte den Wunsch der Bundesregierung, mit den geförderten Projekten Demokratie zu fördern, Vielfalt zu gestalten und Extremismus zu verhindern. Er rief in Erinnerung, dass Zugewanderte oft eine große Sehnsucht nach Demokratie hätten.

Carolin Krause, die Bonner Beigeordnete für Soziales, Bildung und Gesundheit, machte in ihrem Statement deutlich, dass "Partizipation an politischen und gesellschaftlichen Prozessen eine Grundvoraussetzung für ein gutes Zusammenleben ist. Durch das Projekt mit der OBS möchten wir Partizipation und Teilhabe der neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger stärken."

In seinem Vortrag stellte der renommierte Migrationsforscher Prof. em. Dr. Dietrich Thränhardt fest, dass die Integration Geflüchteter in den Arbeitsmarkt schneller vorangegangen sei als erwartet – dies dank der Unterstützung durch die Zivilgesellschaft. Dennoch forderte er eine größere Anerkennung der Integrationsleistung Geflüchteter und beklagte die zahlrei-



chen bürokratischen Regelungen der Bundesländer, die eine zügige Integration verhindern: Direkte Integrationsmaßnahmen (z.B. Sprachkurs und Arbeit parallel) erhöhen auch die Motivation, sich zu integrieren.

In verschiedenen Workshops wurden die gesellschaftliche Bedeutung von politischer Bildung, die Sicht von Menschen mit eigener Fluchterfahrung und die Rolle des Ehrenamtes thematisiert.

In ihren Schlussworten betonten sowohl der Geschäftsführende Vorsitzende der OBS, Dr. Lothar Theodor Lemper, als auch der Leitende Pfarrer des Seelsorgebereichs Bad Godesberg, Dr. Wolfgang Picken, die soziale, politische und ökonomische Bedeutung der Zuwanderung: Die sogenannte Flüchtlingskrise war und ist eine große Chance für die Zivilgesellschaft. Politik und Gesellschaft sind so nah zusammengerückt wie selten – allen Unkenrufen zum Trotz. Familie und Nachbarschaftshilfe funktionieren noch und sind unabdingbar für das Zusammenleben in einer humanen Gesellschaft. Mit Blick auf die Ergebnisse der Tagung forderte Pfarrer Dr. Picken die Partizipation von Geflüchteten in Flüchtlingsheimen zu institutionalisieren – also rechtlich festzuschreiben. Dazu könnte das Projekt gute Erkenntnisse liefern.



von links nach rechts: Leitender Pfarrer Dr. Wolfgang Picken; Bernd Loschning, OBS-Projektleiter; Carolin Krause, Sozialdezernentin der Stadt Bonn





Thomas Heppener, Referatsleiter Demokratieförderung im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)



Serap Güler, Staatssekretärin für Integration im NRW-Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration (MKFFI)



Begrüßungsworte von Dr. Lothar Theodor Lemper (Geschäftsführender Vorsitzender der Otto Benecke Stiftung e.V.)

"Sehr geehrte Frau Staatssekretärin Güler (liebe Serap), sehr geehrte Frau Beigeordnete Krause, sehr geehrter Herr Prof. Dr. Thränhardt, sehr geehrter Herr Heppener, sehr geehrte Frau Manemann, sehr geehrter Herr Berger, sehr geehrte Damen und Herren, danke für Ihr Kommen und Ihr großes Interesse.

I.

Wir diskutieren heute und ziehen eine vorsichtige Zwischenbilanz zu einem Projekt mit dem Namen "Mitwirken – Mitbestimmung und Eigenverantwortung der Geflüchteten". Auf den ersten Blick muss dieses Projekt nicht zwingend als *klassisches* Instrument der Integrationspolitik verstanden werden. Unser heute zum Gegenstand des Diskurses ausgerufenes Integrationsformat hangelt sich nicht in erster Linie an dem zuweilen stark strapazierten Leitkultur-Ideal entlang, es kennt keinen Frontalunterricht des erhobenen Zeigefingers, es schöpft nicht aus dem von Autoritäten verwalteten Arsenal des Regelwerks der guten Ordnung und des richtigen normativen Verhaltens, es stellt noch nicht einmal die Mutter aller Fragen, ob denn der Islam zu Deutschland gehört, mit der ein Bundesminister an seinem ersten Regie-



Regionalkonferenz "Partizipation Geflüchteter"

rungs-Arbeitstag die halbe Nation beschäftigte.

Unser Projekt "Mitwirken" beruht auf der Erkenntnis der Beziehung von Demokratie – Freiheit – Verantwortung und unterstreicht das Unverzichtbare der Eigenverantwortung als Teilaspekt der Subsidiarität.



II.

Die Frage, wie eine nachhaltige Integration der neu Zugewanderten gelingen kann, lässt sich nur befriedigend beantworten, wenn zugleich die Frage nach der Eröffnung von Teilhabemöglichkeiten in unserer Gesellschaft gestellt wird. Unser Projekt ist ein dringliches Votum für die faszinierenden Anstrengungen, sich nicht in aller erster Linie auf die Seite einer geschmeidigen Betreuungsmentalität zu schlagen, die oft - vergleichbar einer Droge - sehr schnell in die Abhängigkeit von Fremdbestimmung führt, sondern einzuüben in die Kultur der Eigenverantwortung, der Selbstregulation, der Selbstständigkeit und geistigen Selbstbeherrschung. Dieses Projekt aus dem großartigen Programm des Bundesfamilienministeriums Demokratie leben! basiert auf der Grunderfordernis der friedlichen Abläufe innerhalb von Gemeinschaften, der Erkenntnis, dass Gemeinschaften und die Vielfalt in ihnen ganz wesentlich nur auf der Grundlage von Kompromissbereitschaft gesichert sind. So gesehen ist das heute zu besprechende Projekt eine interessante ergänzende neue Variante der Integration von Geflüchteten, nämlich Lebenswirklichkeiten zu bestehen; vieles, was sich zu diesen Lebenswirklichkeiten hinzu gesellt hat, als Vorgang auch der selbst zu verantworteten Veränderbarkeit zu verstehen. Es ist die Freilegung des Selbstvertrauens, die Mobilmachung in die eigenen Potenziale, die Entdeckung der eigenen Fähigkeiten.

Unser Projekt unterstreicht den Zusammenhang von Fördern und Fordern. Es existiert im Grunde genommen deshalb, weil wir den Geflüchteten viel zutrauen. In vielfacher Weise ist die Rechnung aufgegangen, oft nicht ohne Schwierigkeiten. Wo alles nur glatt läuft, in diesem Moment – um es bildlich auszudrücken – hat ein Projekt aufgehört zu leben.

III.

Seit Anfang dieses Jahres führt die Otto Benecke Stiftung e.V. das Projekt durch: mit dem Bundesfamilienministerium, dessen Referatsleiter Herrn Thomas Heppener die OBS sehr danken möchte. Mit dem NRW-Integrationsministerium, dessen Staatsekretärin Serap Güler wir ebenfalls herzlich danken für die Ko-Finanzierung. Mit der Stadt Bonn und der Beigeordneten Carolin Krause, der wir für viele Anregungen genauso danken wie der Bonner Integrationsbeauftragen, Coletta Manemann, die sich an der Ko-Finanzierung ebenfalls beteiligt haben. Und in jedem Fall auch dem Leitenden Pfarrer im Seelsorgebereich Bad-Godesberg, Dr. Wolfgang Picken, Mitglied des Fachbeirates der OBS und jene Persönlichkeit, die diese, wie ich fand, zündende Idee der "Partizipation" als Bestandteil der Integrationspolitik hatte und mit uns zusammen in ein gutes Projekt gegossen hat – insbesondere für Geflüchtete, die in den kommunalen Sammelunterkünften ihre Interessen selbstbestimmt vertreten können durch Mitarbeit in Mitbestimmungsstrukturen. Dort sollen sie in selbst festgelegten Strukturen Einfluss auf ihre Wohnverhältnisse nehmen können. Seit Ende Januar wurden 35 Hausbeiratsversammlungen in insgesamt sechs verschiedenen kommunalen Sammelunterkünften



im Bonner Stadtgebiet durchgeführt. Dabei wurden insgesamt über 500 Bewohnerinnen und Bewohner erreicht.

Nun läuft es seit über acht Monaten mit einer Vielzahl weiterer Aktivitäten, die in den Arbeitsgruppen heute noch vertieft und in einer Steuerungsgruppe fachkundig beraten werden.

IV.

Ich gebe, meine Damen und Herren, eine Vorschluss-Bemerkung an einen großen Staatsmann, Wilhelm von Humboldt: "Überhaupt wird der Verstand des Menschen wie jede andere seiner Kräfte nur durch eigene Tätigkeit, eigene Erfindsamkeit und eigenständige Benutzung fremder Erfahrungen gebildet." (Anordnungen von oben gewöhnen den Menschen zu sehr, mehr fremde Belehrung, fremde Leitung, fremde Hilfe zu erwarten, als selbst und eigenständig an Auswege zu denken.)

In diesem Sinne, meine Damen und Herren: Auch dieses Projekt kann darüber entscheiden, wer – im richtigen Verständnis von Integration – zur Bevölkerung gehört. Oder zum Bürger."



Dr. Lothar Theodor Lemper, Geschäftsführender Vorsitzender der Otto Benecke Stiftung e.V. und Leitender Pfarrer Dr. Wolfgang Picken



Grußwort von Carolin Krause (Sozialdezernentin der Stadt Bonn)

"Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Staatssekretärin Güler, sehr geehrter Herr Prof. Thränhardt, sehr geehrter Herr Dr. Lemper, sehr geehrter Herr Dr. Picken,

als Mitglied der Steuerungsgruppe für das Modellprojekt der Otto-Benecke-Stiftung "Partizipation Geflüchteter" möchte ich Sie heute herzlich zum Regionalforum begrüßen.

Immerhin sind in den kommunalen Flüchtlingsunterkünften in Bonn noch über 1.800 Menschen untergebracht. Weitere rund 6.000 Menschen mit einem Fluchthintergrund leben aktuell in Wohnungen in unserer Stadt. Gründe genug also das Thema "Partizipation" als wichtigen Bestandteil integrativer Prozesse groß zu schreiben und die "Plattform" für das Modellprojekt der Otto Benecke Stiftung zu sein. Partizipation an politischen und gesellschaftlichen Prozessen ist eine Grundvoraussetzung für ein gutes Zusammenleben. Die stadtgesellschaftliche Tendenz geht durchaus hin zu mehr Partizipation, wie gerade hier in Bonn auch die jüngsten Bürgerentscheide zeigen.

Im Falle von Geflüchteten ist das Ermöglichen von Mitbestimmung für die schon hier Lebenden aber auch eine Herausforderung, denn sie bedeutet auch die Abgabe von Verantwortung. Bestenfalls geht sie sogar mit einem partiellen Rollentausch einher.

Wir müssen es uns gefallen lassen und auch dazu bereit sein, gewohnte Dinge in Frage zu stellen. Schließlich nehmen wir dieses Recht ja auch für uns selbst oft genug in Anspruch. Gerade die Kommunalverwaltungen müssen dazu lernen. Ihre Rolle verändert sich. Die Behörde soll zum Moderator in Partizipationsprozessen werden und nicht nur Vorgaben machen. Die ersten Schritte, die gerade in den Flüchtlingsunterkünften zur Erreichung von Mitbestimmung unternommen werden, lassen diese neue Rolle deutlich werden.

Die Verwaltung hängt nicht einfach mehr die Hausordnung an die Wand, sondern die geflüchteten Menschen sollen sich einbringen, wie sie ein möglichst konfliktfreies Zusammenleben in den Unterkünften erreichen wollen. Partizipation bedeutet also auch aktives Mitmachen! In der ersten Phase wurden zunächst Infoveranstaltungen zum Thema "Partizipation" in den kommunalen Gemeinschaftsunterkünften durchgeführt. Es ist nicht einfach, Interesse zu wecken, nicht zuletzt auch wegen des Wechsels oder Wegzugs von Bewohnerinnen



und Bewohnern. Aber ein regelmäßiger Austausch mit mitwirkenden Geflüchteten ist entstanden. Ein erstes, durchaus so zu nennendes Erfolgserlebnis ist ein von vielen Bewohnerinnen und Bewohnern einer Containerunterkunft unterzeichnetes Schreiben zu den schwierigen Bedingungen während der jüngsten Hitzewelle. Das ist zwar anstrengend für die Verwaltung, aber auch ein positives Signal.

Eine wichtige Voraussetzung für das Gelingen von Partizipation ist die Verabredung von beidseitiger Transparenz. Warum regelte eine Behörde bis dato etwas so oder anders? Wer ist der Mensch hinter dem untergebrachten Flüchtling? Was sind seine Bedürfnisse, Wünsche, aber auch Befürchtungen und Ängste? Gleichzeitig müssen den Geflüchteten, die oftmals in ihren Heimatländern weit weg von jeglicher Mitbestimmung gelebt haben, auch Einstiegshilfen in partizipative Prozesse gegeben werden. Beiräte in den Unterkünften sind beispielsweise ein erster Schritt hierzu.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle ein paar kritische und durchaus aus kommunaler Sicht auch selbstkritische Gedanken: Seit April 2016 ist der Zustrom der Flüchtlinge durch die Schließung der Außengrenzen der EU deutlich zurückgegangen. Die eingangs beschriebenen Geflüchteten leben also schon mindestens zweieinhalb Jahre, die meisten jedoch deutlich länger in Deutschland. Nicht wenig Zeit ist also vergangen. Wir müssen uns also auch die kritische Frage stellen lassen, wie diese Zeit genutzt wurde. Sehr stark war der Fokus immer auf das Erlernen der deutschen Sprache gelegt. Natürlich ist die Sprache die Basis aller Verständigung. Um partizipieren zu können ist es aber genauso wichtig, die Instrumente der Mitbestimmung zu kennen, angefangen von der demokratischen Grundordnung.

Mit einfachen Worten: Wie funktioniert Deutschland eigentlich? So wie unsere Kinder im Politikunterricht Grundsätzliches über Staatsformen und Regeln in anderen Ländern kennen lernen, hätten vielleicht auch Geflüchtete von Anfang an mehr Informationen in ihrer Muttersprache über die politische und gesellschaftliche Ordnung erhalten sollen und nicht erst nach Erreichen eines gewissen Sprachlevels in Deutsch. Das würde vielleicht dann auch die eingangs als nicht ganz einfach beschriebene Implementierung von Partizipation etwas erleichtern.

Es stellen sich also einige spannende Fragen:

• Wie viel Einmischung wollen wir also zulassen und wieviel Hierarchie fordern wir gleichzeitig?



 Wie viel Beteiligung gestehen wir schon zu, bevor jemand, der in Deutschland dauerhaft leben möchte, durch eine Einbürgerung die vollen staatsbürgerlichen Rechte erworben hat?

Wir hätten wirklich etwas erreicht, wenn die Menschen dann darauf vorbereitet sind, ihre Rechte auch aktiv zu nutzen. Ich persönlich wünsche mir, dass beide Seiten, die Einheimischen und die Hinzugekommenen, die nötige Energie aufbringen können, Partizipation gelingen zu lassen, damit sich irgendwann auch Geflüchtete in Deutschland heimisch fühlen können.

Die vielen ehrenamtlichen Unterstützerinnen und Unterstützer tun das ohnehin schon seit geraumer Zeit und repräsentieren damit auch eine für Mitbestimmung offene Stadtgesellschaft. Die Stadtverwaltung Bonn möchte mit Ihrer Beteiligung am Modellprojekt auch einen Beitrag dazu leisten.

Ich wünsche uns allen, dass von dieser Konferenz Impulse in andere Städte und Regionen ausgehen, die zu mehr Mitmachen und Mitmachen lassen ermuntern.



Carolin Krause, Sozialdezernentin der Stadt Bonn



Ergebnisprotokolle der Workshops

Protokoll Workshop 1:

Das Modellprojekt "MITWIRKEN – Mitbestimmung und Eigenverantwortung der Geflüchteten

Referenten: Bernd Loschnig & Benjamin Kowitzke (Protokoll: Vanja Glasow, OBS)

Ergebnisse, Empfehlungen, Ideen:

- Anregung der Ausweitung der Projektidee auf andere Kommunen
- Modell bundesweit institutionalisieren (z.B. durch kommunale Verpflichtung)
- Modell in kleineren Kommunen schneller und effizienter umsetzbar
- Einbindung von Entscheidungsträgern als Wirksamkeitskriterium
- Einbindung des Ehrenamts aus den örtlichen Strukturen als Nachhaltigkeitsgarantie
- Das Zusammenwirken mit dem Integrationsrat ist wünschenswert
- Das erfolgreiche Modell des Projekts kann auch auf andere vergleichbare Zielgruppen (z.B. Obdachlosenunterkünfte) angewendet werden
- Erfahrungsaustausch zu verschiedenen Formen der Selbstorganisation mit Mitwirkenden in der Entwicklungszusammenarbeit empfehlenswert
- Sensibilisierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Verwaltungsstrukturen notwendig
- Beteiligungsquoten k\u00f6nnen durch die Ansprache von mitwirkenden Bewohnerinnen und Bewohnern verbessert werden
- Kooperation in der Gemeinschaft führt zu Erfolgserlebnisse
- Selbstverantwortung erzeugt nachhaltige Motivation
- Gemeinsame Interessen müssen identifiziert werden
- Selbstorganisation ist den Mitwirkenden in anderen Formen bekannt, deshalb keine Vorgaben, sondern Austausch
- Strukturelle Unterschiede der Unterkünfte spielen eine bedeutende Rolle
- Rotation bei den Sprechern des Heimbeirats als Instrument zur Vermeidung von Konflikten unter inhomogenen Gruppen (z.B. unterschiedliche Nationalitäten)
- Bessere Beteiligung von Frauen durch gezielte Ansprache und spezifische Angebote (z.B. Kinderbetreuung während der Sitzungen des Heimbeirats)
- Politische Partizipation als langfristiges Ziel des Projekts?

Zukunft Migration



Protokoll Workshop 2:

Gesellschaftliche Annäherung durch politische Bildung – Modelle und Ansatzpunkte

Referentin: Teresa De Bellis-Olinger (Protokoll: Katharina Mück, OBS)

I. Vorstellung des Projekts "Migrantinnen in die Kommunalpolitik"

- das Konzept ist sowohl räumlich als auch zielgruppentechnisch übertragbar
- wird von der Bundeszentrale für politische Bildung gefördert
- bis heute haben um die 60 Teilnehmerinnen mitgemacht (zwischen 15 und +65 Jahren)
- es sind weder Vorqualifikationen noch politisches Engagement vorausgesetzt
- nicht nur auf eine bestimmte Gruppe ausgerichtet, sondern für viele Kulturen offen
- bundesweite Kooperationspartner (insbesondere in den Ländern, in denen bis 2020 Kommunalwahlen stattfinden)
- Aufbau und Ziele des Projektes: siehe Präsentation

II. Ergebnisse der Arbeitsgruppen zur Partizipation Geflüchteter

Gruppe 1: Was kann die Gesellschaft tun?

- Stärkung der Rechte auf kommunaler Ebene für Personen ohne deutschen Pass
- Informationen bereitstellen, z.B. wie das Leben in Deutschland funktioniert
- Kurse (z.B. Schulsystem, Rechte und Pflichten)
- Hürden im Kopf müssen abgebaut werden
- Akzeptanz und Toleranz "Kultur der Anerkennung"
- Gleichberechtigung
- finanzielle Mittel zur Verfügung stellen
- Anleiter/Paten zur Seite stellen
- offen für neue Ideen sein und die Migrantinnen und Migranten/Geflüchtete ernst nehmen

Gruppe 2: Was muss von Seiten der Geflüchteten kommen?

- Zeit und Sprache
- Eigeninitiative und Interesse an politischen Themen
- Mut, gegen Hürden und Ängste anzukämpfen
- Selbstorganisation
- Verbindlichkeit und Durchhaltevermögen
- eigene Erfahrungen "positiv umsetzen" und mit einbringen
- aktiver Umgang mit den eigenen Problemen
- Vernetzung

Zukunft Migration



- aktiver Umgang mit Diskriminierung
- "Migranten helfen Migranten"
- kritische Auseinandersetzung mit unterschiedlichen politischen Ansichten
- Anerkennung der Werte

Gruppe 3: Was sind die Hindernisse?

- fehlende Transparenz und Vertrauen in die Politik
- Alltagssorgen
- "Schubladendenken"
- verschiedene Gruppen von Menschen brauchen verschiedene Zugänge
- Finanzierung

Gruppe 4: Wie gelingt das Ziel?

- Bildungs- und Antidiskriminierungsarbeit
- geschützte Räume schaffen
- Netzwerke aufbauen
- Transparenz schaffen
- niedrigschwelligen Zugang ermöglichen
- strukturelle (interkulturelle) Öffnung
- mehr Migranten an den Schaltstellen (Verwaltung)
- Vertrauen durch Begegnungen schaffen
- keine Reduzierung auf integrationspolitische Themen
- Empowerment
- Anerkennung und Wertschätzung der "Herkunftssprachen"



Katharina Mück, OBS-Mitarbeiterin und Teresa De Bellis-Olinger, OBS-Projektleiterin

Zukunft Migration



Protokoll Workshop 3: Partizipation aus Sicht von Menschen mit eigener Fluchtoder Migrationserfahrung

Referentin: Lejla Bradaric (Protokoll: Isabell Harttrampf, OBS)

Ablaufplan:

1. Einstieg – Wo können Menschen mit Flucht- oder Migrationserfahrung mitwirken?

- a) Gesellschaftlich: Migrantenselbstorganisationen, Wohlfahrtsverbände
- b) Politisch: Parteien, Kommunalpolitik
- c) Betrieblich: Betriebsrat, Gewerkschaft

Welche Hürden gibt es?

2. Beispiel: Projekt "IQ Brückenmaßnahmen für zugewanderte Akademikerinnen und Akademiker"

Interkulturelle Kompetenz- und Arbeitsmarktcoaching: Lebenslagen, Arbeitsmarktintegration, Mitwirkung in der Maßnahme, im Betrieb und gesellschaftlich – praktische Impulse und Anregungen

3. Workshop-Phase:

- a) Einzel- und Gruppenarbeit zur **Fragestellung**: Wie kann Empowerment in der Unterstützung von Selbst- und Mitbestimmungsansätzen von Migrantinnen und Migranten konkret aussehen?
- b) Welche Best Practice Beispiele und Maßnahmen sind Ihnen aus Ihrer praktischen Arbeit bekannt?

4. Themenbezogenes Clustern der Ergebnisse & Vorstellung der Ergebnisse im Plenum

1. Workshop-Runde

Diskussionspunkte zur Fragestellung:

Wo können Menschen mit Flucht- oder Migrationserfahrung mitwirken?

- Partizipation innerhalb der Familie; traditionelle kulturelle Rolle der Frau kann ansonsten eine Hürde für gesellschaftliche Partizipation sein
- Partizipation braucht Aufklärung und das Wissen um Gleichberechtigung, um das Recht auf Partizipation einfordern zu können
- diverse Interessen durch unterschiedliche Migrationsformen (Fluchtmigration, Arbeitsmigration, Heiratsmigration etc.)
- Partizipation in Vereinen zur Integration in die Gesellschaft; Problem: Man muss zuerst wissen, dass es diese Vereine gibt



- Rückkehrwünsche von Migranten hemmen Interesse an Partizipation, da der Aufenthalt in Deutschland nur als mittelfristig angesehen wird
- Menschen, die sich hier unerwünscht fühlen, verstärkt mitnehmen, bestätigen und motivieren
- "gemeinsame Partizipation" als Schlüsselwort

Diskussionspunkte zu den Fragestellungen:

Wie kann Empowerment in der Unterstützung von Selbst- und Mitbestimmungsansätzen von Migrantinnen und Migranten konkret aussehen?

Welche Best Practice Beispiele und Maßnahmen sind Ihnen aus Ihrer praktischen Arbeit bekannt?

- Mitbestimmung auf Augenhöhe
- Integration als beidseitiger Prozess; eigene Werte nahebringen, aber die Werte der Geflüchteten ebenso akzeptieren
- kulturelle Unterschiede kennenlernen, erleben, und darüber sprechen, um Toleranz zu entwickeln und Partizipation zu ermöglichen
- Vorbilder aus der eigenen Community schaffen, um Motivation zu erzeugen
- langsames Heranführen zur Eigeninitiative
- Migranten als beste Integrationshelfer; insbesondere diese Personengruppe gilt es diesbezüglich zu fördern und zu unterstützen
- Brainstorming von Geflüchteten zu alltäglicher Problematik, z.B. Knüpfen sozialer Kontakte – zur Umsetzung benötigt es Ressourcen
- Austausch, Netzwerke, Ressourcenbündelung
 Beispiele: Aufbau einer Fahrradschule, um Mobilität und Selbstvertrauen zu erhöhen
- Caféprojekt zur Öffnung eines Raums für die Migranten

2. Workshop-Runde

Diskussionspunkte zur Fragestellung:

Wo können Menschen mit Flucht- oder Migrationserfahrung mitwirken?

- Überleben kommt erst, Partizipation wird hintenan gestellt
- bereits während der Sprachkurse Partizipation anbieten
- bürokratische Hürden abbauen; Partizipation durch leichte Sprache
- Problem Rollenverständnis: Besuch der Sprachkurse hauptsächlich von Männern,
 Frauen oftmals an Haus gebunden, z.B. auch durch fehlende Kitaplätze
- Unterstützung im deutschen System ist (anfangs) für alle notwendig; erst nach "Durchblicken" ist Partizipation möglich

Zukunft Migration



- keine Verbindlichkeit durch Befristung der Aufenthaltstitel
- Partizipation umfasst bisher kaum niedrigschwellige Angebote
- Anbindung an den ÖPNV oftmals nicht gegeben; Mobilität und Infrastruktur häufig mangelhaft
- Anbindung an Vereinswelt problematisch, da Anforderungsprofil für Migranten zu hoch und damit nicht erfüllbar; auch zu große Auswahl ("Angebotsflut") kann abschreckend wirken
- selbst Räume schaffe, um Partizipation der Flüchtlinge zu ermöglichen

Diskussionspunkte zu den Fragestellungen:

Wie kann Empowerment in der Unterstützung von Selbst- und Mitbestimmungsansätzen von Migrantinnen und Migranten konkret aussehen?

Welche Best Practice Beispiele und Maßnahmen sind Ihnen aus Ihrer praktischen Arbeit bekannt?

- ohne Gefühl des Willkommenseins besteht keine Motivation, sich gesellschaftlich einzubringen
- "offenes Ohr" und Räume, sich zu äußern
- Geflüchtete auf den Weg bringen und eigene Ideen entwickeln lassen
- geschützten Raum schaffen, z.B. Frauengruppen, wo offene Kommunikation möglich ist
- persönliche Beziehungen/Patenschaften aufbauen und Vertrauen schaffen
- Deutsche Sprache nicht aufzwingen, sondern in Zusammenhang mit anderen Inhalten in der Muttersprache vermitteln
- Problem der Integration von "closed communities"
- Ehrenamtliche betreuen oft zu viele Personen (Überforderung); mehr Schulungen
- Hilfe zur Selbsthilfe



Teilnehmende des Workshops im Gespräch



Ergebnisse

- Begegnungsräume
- Partizipation durch Mitsprache
- Patenschaften
- Vorbilder
- Sprachkurse
- Ansatz "Wissensvermittlung"
- Vereine und Organisationen
- Partizipation und Integration durch beidseitige Akzeptanz
- Politische und gesellschaftliche Voraussetzungen schaffen



Ergebnisprotokolle aus Workshop 3



21

Zukunft Migration



Protokoll Workshop 4: "Selbstregulation als neue Chance der Integration – Das Ehrenamt im Wandel

Referent: Bastian Zillig – Ehrenamtszentrum AsA e.V. (Protokoll: Hafize Sağlam, OBS)

Im Workshop 4 mit dem Titel "Selbstregulation als neue Chance der Integration – Das Ehrenamt im Wandel" wurde gemeinsam mit den Teilnehmenden erörtert, welche Ansätze und Aspekte der Partizipation von Geflüchteten bereits im Ehrenamt existieren und vor welchen Chancen und Herausforderungen man bei der Umsetzung gestellt wird?

Es existieren vier Aspekte bzw. Ebenen der Partizipation: wirtschaftliche, kulturelle, politische, soziale. Für eine vollständige Integration – so eine These, die im Workshop aufgestellt wurde – muss genau auf all diesen vier Ebenen Partizipation stattfinden.

Diesen vier Aspekten stehen drei Arten von Ansätzen zur Partizipation von Geflüchteten gegenüber (siehe Tabelle unten), so dass eine Matrix mit 12 Feldern entsteht, in der verschiedene Möglichkeiten der Kombination bestehen. So kann ein Ehrenamtlicher einen Geflüchteten auf wirtschaftlicher, politischer, kultureller oder sozialer Ebene unterstützen. An Hand der Projektideen, die durch die Workshop-Teilnehmenden genannt wurden, wurde ersichtlich, dass es nicht immer eine klare Trennung der einzelnen Ansätze und Aspekte möglich ist, sondern an vielen Stellen Überlappungen gibt.

Wirtschaftliche Partizipation

Kulturelle Partizipation

Politische Partizipation

Soziale Partizipation

Einsatz Ehrenamtlicher als "Helfer zur Selbsthilfe", als Multiplikatoren im Empowerment-Prozess von Geflüchteten

Einsatz Geflüchteter als Ehrenamtliche (in bestehenden Strukturen oder Projekten)

Geflüchtete als selbstbestimmte Akteure (in eigenen Projekten)



1. Ansatz: Einsatz Ehrenamtlicher als "Helfer zur Selbsthilfe" / als Multiplikatoren im Empowerment-Prozess von Geflüchteten:

Hier fungieren Ehrenamtliche ohne Fluchthintergrund im Idealfall als "Helfer zur Selbsthilfe" und dienen als Multiplikatoren im Empowerment-Prozess von Geflüchteten. Bei diesem Ansatz sind Geflüchtete noch sehr passiv. Die Herausforderung bzw. die Gefahr hierbei besteht darin, dass die Geflüchteten entmündigt werden können, nämlich dann wenn die Ehrenamtlichen ihre Aufgaben als "Helfer zur Selbsthilfe" nicht (er)kennen und zu sehr in die Angelegenheiten und Interessen der Geflüchteten hereingreifen. Wo sind die Grenzen des Ehrenamtes? Die Gefahr der Grenzüberschreitung ist stets gegeben.

Eine weitere Herausforderung, mit der das Ehrenamt und damit aber auch die Gewinnung der Geflüchteten zu mehr Partizipation darstellen, ist der Umstand, dass insbesondere in den Flüchtlingsunterkünften eine hohe Fluktuation herrscht. Zwar hat die Intensität der Einund Abwanderung von Geflüchteten im Vergleich zu den letzten drei Jahren abgenommen, aber dennoch ist sie nicht zu unterschätzen.

Aber auch der Wegfall von Ehrenamtlichen aufgrund von "Ermüdungserscheinungen" – wie ein Teilnehmer des Workshops es formulierte – ist eine Herausforderung, mit der wir umgehen müssen. Umso wichtiger ist daher auch eine kontinuierliche professionelle Betreuung und Begleitung der Ehrenamtlichen.

Dieser Ansatz dominierte naturgemäß im Jahre 2015, als die Geflüchteten neu in Deutschland waren, im Vergleich zu den im Folgenden aufgeführten Ansätzen.

Denn – dies wurde im Workshop ebenfalls betont – gibt es eine wichtige Grundvoraussetzung, damit Partizipation überhaupt möglich wird: Die Existenz des Menschen muss gesichert sein. Seine Grundbedürfnisse müssen gedeckt sein: Wohnung, finanzielle Sicherheit und Unabhängigkeit sowie sichere Bleibeperspektive.

2. Ansatz: Einsatz Geflüchteter als Ehrenamtliche in bestehenden Strukturen oder Projekten, die von Dritten Personen oder Stellen initiiert wurden:

Geflüchtete werden als Ehrenamtliche in bereits bestehende Strukturen und Projekte eingesetzt und dienen ehrenamtlich z.B. als Sprach- und Kulturbegleiter in Projekten wie mehrsprachige Interkulturelle Elternarbeit an Schulen, "Sprachlerntreffs" "Teesalons" oder "interkulturellen Müttercafes", aber auch in Musik- und Kunstprojekten. In vielen Gemeinden haben sich mittlerweile interkulturelle Musikerbands, Film-, Theater-, Schriftsteller und Künstlergruppen und -projekte gebildet und etabliert, in denen Menschen mit und ohne Fluchthintergrund gemeinsam lernen, sich gegenseitig unterstützen, Sport treiben, Kunst schaffen oder auch gemeinsam ihre Freizeit gestalten und einfach nur Spaß haben.



Denn mittlerweile sprechen viele Geflüchtete sehr gut Deutsch und haben eine Ausbildung oder ein Studium aufgenommen. Sie bringen sehr viel Know-How aus ihren Herkunftsländern mit, von denen wir sicherlich auch aufgrund der Sprachbarrieren bisher nichts wussten.

3. Ansatz: Geflüchtete als selbstbestimmte Akteure, in eigenen Strukturen und Projekten

Die ersten zuvor beschriebenen Ansätze sind die Vorreiter des dritten Ansatzes und der Weg zum eigentlichen Ziel: Die Geflüchteten als selbstbestimmte Akteure. Hier ist der Geflüchtete ein aktiver Akteur, der den Bereich und die Form seiner Partizipation selbst und eigenständig ohne jegliche Unterstützung wahrnimmt. Dieser Ansatz existiert zurzeit nur ansatzweise. Damit Geflüchtete als aktive und selbstbestimmte Akteure agieren können, müssen die existenziellen Grundbedürfnisse wie Wohnung, Arbeit und sichere Bleibeperspektive gegeben sein. Weil dies bei vielen noch nicht der Fall ist, sind auch Projekte und Beispiele, die Geflüchtete als aktive selbstbestimmte Akteure sichtbar machen, zur Zeit noch sehr rar.

Wenn man versuchen sollte, die oben genannte Matrix in wenigen Worten zu beschreiben, kann Folgendes zusammenfassend gesagt werden:

Projekte, in denen Ehrenamtliche deutscher Herkunft die aktive und die Geflüchteten die passive Rolle einnehmen, dominieren eindeutig. Die Mehrheit aller Angebote ist niederschwellig und bedient kulturelle und soziale Aspekte.



Teilnehmende des Workshops 4 diskutieren mit dem Referenten Bastian Zillig (Mitte)



Schlussworte (Auszüge)

Dr. Wolfgang Picken (leitender Pfarrer im Seelsorgebereich Bad Godesberg und Mitglied im Fachbeirat der Otto Benecke Stiftung e.V.)

"Es dauert natürlich ein bisschen, bis man Menschen daran gewöhnt, Dinge selbst in die Hand zu nehmen. Es ist ja fast sogar etwas, was die Leute in Deutschland direkt vermittelt bekommen, denn hier ist alles für dich geregelt. Und so sind das auch die Flüchtlinge dann gewöhnt. Aber in dem Moment, wo es Spielräume gibt, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen, ist das wie bei jedem anderen Menschen auch, dann sind sie dankbar dafür, das tun zu können."

Dr. Lothar Theodor Lemper (Geschäftsführender Vorsitzender der OBS)

"Es gibt ein großes Interesse auch anderer Bundesländer, ein solches Modell zu übernehmen, von ihm auch zu lernen, was wir sozusagen an Strukturen geschaffen und an Erfahrungen gesammelt haben. Schon jetzt haben sich aus dem Projekt hochinteressante Erkenntnisse gewinnen lassen über Strategien und Inhalte der Partizipation. Wir können dem Familienministerium nur dankbar sein, dass es dieses Projekt zusammen mit dem Integrationsministerium NRW und der Stadt Bonn finanziert hat."